

zwar eine zeitlang eine in polnischer Sprache geschriebene Zeitung heraus, die nach Bedarf erschien. Trotzdem konnte er aber nur wenige Kolonnen erfassen. Der den christlich-nationalen Gewerkschaften angehörende „**Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer**“ bemühte sich dagegen grundsätzlich nicht um die Mitgliedschaft der ausländischen Wanderarbeiter. Neben diesen Verbänden gibt es in Deutschland einen von polnischer Regierungsstelle ins Leben gerufenen und unterstützten „**Verband polnischer Landarbeiter**“, zu dessen Beitritt auf die polnischen Landarbeiter ein starker Zwang ausgeübt wird, der aber in Deutschland gesetzlich nicht als Gewerkschaft anerkannt ist.

Im Gegensatz zur Industrie ist das Verhältnis der seßhaften Landarbeiter zu den Wanderarbeitern gespannter. Wie schon ausgeführt, wurden ausländische Wanderarbeiter bevorzugt, weil sie billiger arbeiteten als die ansässigen Landarbeiter. Aus diesem Grunde betrachtete die ansässige Arbeiterschaft die Wanderarbeiter als Lohndrücker, die sie tatsächlich auch waren. Um die seßhafte Arbeiterschaft hiervon zu schützen, drangen die Gewerkschaften mit Erfolg darauf, daß ausländische Wanderarbeiter nicht billiger entlohnt werden dürfen als Einheimische. Der Grundsatz der **Gleichstellung** wurde im Jahre 1920 durch Vereinbarung in der Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen erzielt. Damit war ein Lohndruck unmöglich gemacht worden. Im allgemeinen werden auf den Arbeitsplätzen die Wanderarbeiter, namentlich wenn es sich um ausländische Wanderarbeiter handelt, gesondert von der seßhaften Bevölkerung beschäftigt. Während die seßhafte Bevölkerung die qualifizierteren Arbeiten verrichtet (Gespannarbeiten, Maschinenarbeiten), verrichten die Kolonnen Handarbeiten. Dadurch ist eine getrennte Arbeit, die von beiden Seiten sehr häufig wegen des gespannten Verhältnisses gewünscht wird, auch betriebstechnisch bedingt.

Nach dem Kriege wurde die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer größer, so daß die Gewerkschaften, besonders der Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer, darauf drängten, daß die Hereinnahme ausländischer Arbeiter solange abgedrosselt würde, bis diese katastrophale Arbeitslosigkeit in Deutschland beseitigt ist. Durch dieses dauernde Drängen der Gewerkschaften gelang es, wie die oben aufgeführte Tabelle zeigt, die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter in den letzten Jahren alljährlich zu verringern. Da aber von der Arbeitslosigkeit nicht etwa nur die gewerblichen Arbeiter betroffen werden, sondern im fortschreitenden Maße auch die Landarbeiter, so konnten die Gewerkschaften erreichen, daß vom Jahre 1932 ab keine ausländischen Wanderarbeiter in der Landwirtschaft Deutschlands beschäftigt werden dürfen. Ausländische Wanderarbeiter, die in Deutschland seßhaft geworden sind, können unter bestimmten Voraussetzungen dagegen noch weiter beschäftigt werden. Die Arbeitskräfte in den Be-

völkerungsüberschußgebieten, die durch die ausländischen Wanderarbeiter ihre Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren und, nachdem sie dadurch in die Industrie gedrängt in den letzten Jahren arbeitslos waren, sammeln sich jetzt wieder mit Unterstützung der Gewerkschaften zu Kolonnen, um durch Vermittlung der Arbeitsämter und der Deutschen Arbeiter-Zentrale in der Landwirtschaft Arbeit zu finden. Diese inländischen landwirtschaftlichen Wanderarbeiter werden gewerkschaftlich erfaßt und sind den übrigen Mitgliedern der Gewerkschaften völlig gleichgestellt. Durch diese gewerkschaftliche Erfassung wird an den Arbeitsplätzen das bisherige gespannte Verhältnis, das zwischen der ansässigen Arbeiterschaft und den Wanderarbeitern bestand, beseitigt, und es wird ein freundliches Verhältnis, an dem es früher zwischen diesen beiden Gruppen der Landarbeiter immer fehlte, im Interesse der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe geschaffen.

Literatur

Schriftenreihe des Landesarbeitsamtes Sachsen-

Anhalt: Das Genehmigungsverfahren für ausländische landwirtschaftliche Arbeitskräfte (Magdeburg 1926)

Wilhelm Andreas Hematsch: Das Problem der ausländischen Wanderarbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Zuckerproduktion in der Provinz Pommern (Greifswald 1920)

Karl Bernhard von Oertzen: Wie erhalten wir unseren Bauernstand? Und wie befreien wir uns von den Wanderarbeitern? (Jena 1914)

Fr. Faab: Die ausländischen Wanderarbeiter in der deutschen Landwirtschaft (in „Berichte über Landwirtschaft“, Zeitschrift für Agrarpolitik und internationale Landwirtschaft, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin 1927)

Aufsätze in „Internationale Rundschau der Arbeit“ (Internationales Arbeitsamt, Zweigamt Berlin)

Kundgebung („Die Rundschau“, Berlin, Oktober 1930)

Kommen ausländische Wanderarbeiter? („Die Rundschau“, Berlin, Januar 1931)

Hanns Albrecht Neumann: „Ausländische Wanderarbeiter“ („Hannoverscher Landbund“, 1931)

Zum Problem der Ausländerbeschäftigung („Der Deutsche“, Berlin, August 1926)

Friedrich Falke: „Die Landflucht, ihre Ursachen und Wirkungen“ (Bundesblatt für den Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands, Berlin, April 1930).

Wanderungsproblem, vgl. Volksgröße und Gewerkschaften.

Waschow, Hermann, geboren am 31. Oktober 1891 in Oppeln (Oberschl.), Ausbildungsgang Volksschule und Gymnasium. Nach der Schulentlassung praktizierte er als Maschinenbauer und Elektro-

monteur in den verschiedensten Teilen des Deutschen Reiches. Später besuchte er die staatlichen Maschinenbauschulen in Gleiwitz und Breslau. Einem absolut bürgerlichen Milieu entstammend, hatte das soziale Leben der Arbeiterschaft auf Waschow einen so tiefen Eindruck gemacht, daß er schon als 18jähriger dem Deutschen Metallarbeiterverband und der Sozialdemokratischen Partei beitrug. Von 1913 bis 1916 genügte Waschow seiner Militärpflicht. Er wurde mit einer schweren Verwundung wegen dauernder Untauglichkeit entlassen. Nach Beendigung der Militärzeit war er als Ingenieur im Luftschiffbau und in verschiedenen Großbetrieben der Berliner Schwachstromindustrie beschäftigt. Seit 1922 ist Waschow als Oberingenieur und Betriebsleiter in einem der größten und ältesten Betriebe der Berliner Schwachstromindustrie beschäftigt. Nach Antritt seiner ersten Stellung als Ingenieur trat Waschow dem Bund der technisch-industriellen Beamten bei, in dem er bald verschiedene ehrenamtliche Funktionen bekleidete. Der Bundestag im Jahre 1922 des inzwischen aus dem Bund technisch-industrieller Beamter hervorgegangenen Bundes der technischen Angestellten und Beamten (Butab) wählte ihn zum ehrenamtlichen Vorstandsmitglied, der Bundestag 1924 zum ersten Vorsitzenden des Butab (ehrenamtlich). Von allen nachfolgenden Tagungen wurde Waschow in dieser Funktionäreigenschaft bestätigt. Er gehört ferner dem AfA.-Bundesausschuß an. Er ist weiterhin Vorstandsmitglied der Industrie-Beamten-Sparbank und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Berufskrankenkasse Deutscher Techniker. Den AfA.-Bund vertritt er im Reichsverbandungsausschuß und im Reichsausschuß für Zellhorn. In einer Reihe von Aufsätzen in der Deutschen Techniker-Zeitung hat Waschow zu den inneren und äußeren Fragen der Gewerkschaftspolitik Stellung genommen.

Herbert Dewald

Webb, Beatrice (Lady Paßfield), Tochter von Richard Potter, Gattin von Lord Paßfield of Paßfield Corner (vgl. diesen Artikel!), dessen Namen in die Wissenschaft als Sidney Webb eingegangen ist, gehört gleich diesem zu den führenden Persönlichkeiten der älteren Generation heutiger britischer Sozialökonomien. Mit Bernard Shaw, H. G. Wells und anderen hervorragenden Schriftstellern, Politikern, Sozialethikern und Sozialreformern in der **Fabian Society** verbunden, haben beide Webbs stets die Theorien des Marxismus abgelehnt und eine englische Spielart des Sozialismus geschaffen, die den subjektiven Wertlehren einigen Raum gegeben hat und praktisch auf ein sozialreformerisches Ideengebäude hinausläuft, das nicht nur alles andere als utopisch, sondern auch revolutionslos zu realisieren ist. Unter den Mitteln, die ihnen den reformerischen

Sozialismus zu garantieren scheinen, stehen **Gewerkschaften und Genossenschaften** obenan. Den letzteren widmete Beatrice Potter 1891 das eindrucksvolle Werk „The Cooperative Movement in Great Britain“. Ein Vortrag, den sie 1892 auf einer Konferenz von Gewerkvereins- und Genossenschaftsmitgliedern in Tynemouth hielt, stellte sehr scharfsinnig „das Verhältnis zwischen den Genossenschaften und den Gewerkvereinen“ dar (deutsch abgedruckt in dem Sammelwerk „Der Sozialismus in England“, Göttingen 1898). Beatrice Webb hat die Lage der Arbeiterklasse in England eingehend untersucht und mehrere Kapitel in Ch. Booths „Life and Labor of the People“ über die Londoner Zustände verfaßt. Bald danach erschien die berühmte „History of Trade Unionism“ (1894), mit der eine stattliche Reihe von Schriften begann, die sie mit Sidney Webb gemeinsam verfaßt hat. In vierzigjähriger Ehe haben die Webbs eine einzig dastehende Gemeinschaftsarbeit geleistet, die, so vielseitig sie gewesen ist, doch keinem Gegenstande gegolten hat, mit dem nicht die Gewerkschaften aufs lebhafteste sich zu befassen genötigt sind.

Heyde

Weber, Adolf, Dr. jur., Dr. phil., o. Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Universität München, geboren am 29. Dezember 1876 in Mechernich (Rheinprovinz). Um Adolf Weber als Sozialpolitiker und Gewerkschaftstheoretiker zu charakterisieren, sei zunächst daran erinnert, daß er als einer der ersten (im Gegensatz zu Historikern und Kathedersozialisten) feststellte, daß Erkenntnisobjekt der Volkswirtschaftslehre nur das Sosein des wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens sei, und daß es anmaßend wäre, wollten die Sozialökonomien im Namen ihrer Wissenschaft ein allgemeingültiges Urteil von ihrem jeweiligen weltanschaulichen Standpunkt aus abgeben. Jedenfalls, meint Weber, müsse ökonomische Erkenntnis gegeben sein, ehe der Moralist sein Urteil über ökonomische Vorgänge abgeben dürfe. Denn die Sozialreform kann seiner Meinung nach zu leicht in die Gefahr geraten, das Gegenteil dessen zu erreichen, was sie erreichen will, wenn sie glaubt, die Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftslebens ignorieren zu können. Die Erkenntnis der ökonomischen Notwendigkeiten ist der eherne Fels, „der nicht verlassen werden darf, wenn man nicht auf Sand bauen will.“

Es ist nicht ein Aufgeben dieses Standpunktes, sondern das Bemühen um einen höchsten Grad von Objektivität dem Leser und Schüler gegenüber, wenn Weber in dem Vorwort zur 1. Auflage des „Kampfes zwischen Kapital und Arbeit“ fordert, man dürfe den wissenschaftlichen Erörterungen nicht nur nichts „hinzusetzen“, was nur zu Unrecht den Schein der Wissenschaftlichkeit für sich in Anspruch nehme, sondern man dürfe auch